



**Presseinformation - 1038/12/2018**

14.12.2018  
Seite 1 von 2

## **Landesgesundheitskonferenz fordert bessere Versorgung von älteren Menschen mit Demenz und psychischen Erkrankungen**

Staatskanzlei  
Pressestelle  
40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-1134 oder 1405  
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de  
www.land.nrw

### **Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:**

Die Landesgesundheitskonferenz (LGK) fordert eine bessere Versorgung von älteren Menschen mit Demenz und anderen psychischen Erkrankungen. Auf ihrer Tagung in Münster hat sie dazu heute eine entsprechende EntschlieÙung verabschiedet. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der LGK ist demnach klar: Den betroffenen Menschen muss mehr soziale Teilhabe und Selbstständigkeit im Alltag ermöglicht werden. Hierfür müssten bauliche und materielle, aber auch soziale Barrieren weiter abgebaut werden. Die LGK ist das Spitzengremium des Landes zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen, in dem die maßgeblichen Verbände und Organisationen zusammenarbeiten.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann lobt den diesjährigen Beschluss: „Ältere Menschen mit Demenz und anderen psychischen Erkrankungen haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Und dieses Recht muss in allen Lebensbereichen berücksichtigt und umgesetzt werden. Das stellt unser Gesundheitssystem immer wieder vor Herausforderungen. Und diese Herausforderungen müssen wir bewältigen. Dazu müssen alle Akteure an einem Strang ziehen und zusammenarbeiten. Umso mehr freue ich mich, dass wir uns in der LGK auf einen gemeinsamen Weg geeinigt und eine Reihe wichtiger Handlungsempfehlungen beschlossen haben.“

Die EntschlieÙung bildet eine Leitschnur für die Versorgung der betroffenen Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie unterstreicht die Bedeutung einer frühzeitigen Erkennung und Diagnostik psychischer Erkrankungen. Gerade bei älteren Menschen kann es schwierig sein, psychische Erkrankungen von kognitiven Einschränkungen im Rahmen normaler Alterungsprozesse zu unterscheiden.

Die LGK sieht die Notwendigkeit, Leistungen der Gesundheitsversorgung und der Pflege gemeinsam und integriert zu erbringen. Nur eine

strukturierte Verzahnung der bestehenden Versorgungsstrukturen ermöglicht dies, beispielsweise über die bisherigen zwölf Demenz-Servicezentren. Die Landesregierung beabsichtigt, diese gemeinsam mit den Verbänden der Pflegekassen inhaltlich weiterzuentwickeln zu zwölf regionalen Servicestellen Alter und Pflege. Die Landesinitiative Demenz-Service, von der bislang von Demenz Betroffene profitieren, soll zukünftig auch denjenigen zu Gute kommen, die durch Pflege- und Betreuungssituationen unmittelbar betroffen sind.

„Bei all dem dürfen wir nicht vergessen: Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren und häufig aufopfernden Beitrag zur Versorgung von älteren Menschen mit Demenz und anderen psychischen Erkrankungen. Uns muss gelingen, gerade sie im Behandlungsprozess auf Augenhöhe einzubinden“, ergänzt Minister Laumann. Er weist zudem darauf hin, dass beispielhafte Projekte, die dazu beitragen dies umzusetzen, im Jahr 2019 mit dem Gesundheitspreis ausgezeichnet werden sollen.

In Nordrhein-Westfalen leben circa 3,7 Millionen Menschen im Alter ab 65 Jahren. Das entspricht etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko von kognitiven Einschränkungen und damit auch das Risiko, an einer Demenz zu erkranken: Während von den 65- bis 69- Jährigen knapp zwei Prozent aufgrund einer Demenz behandelt werden, liegt der Anteil bei Menschen ab 85 Jahren bei über 30 Prozent. Darüber hinaus ist jeder fünfte ältere Mensch von einer anderen psychischen Erkrankung, am häufigsten Depressionen, betroffen.

Die LGK tagt mindestens einmal im Jahr unter dem Vorsitz des Gesundheitsministeriums. Mitglieder der LGK sind unter anderem die Sozialversicherungsträger, die verfasste Ärzte- und Zahnärzteschaft, die Psychotherapeutenkammer, die Apothekerkammern und -verbände, die Krankenhausgesellschaft, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunale Spitzen- sowie Landschaftsverbände, Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des Patientenschutzes, Gesundheitliche Selbsthilfe und das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen.

Die Entschließung der 27. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen „Versorgung von älteren Menschen mit Demenz und anderen psychischen Erkrankungen“ ist unter [www.mags.nrw](http://www.mags.nrw) abrufbar.

**Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Telefon 0211 855-3118.**

**Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.land.nrw>**